



Hildesheimer Straße 17

30169 Hannover

Tel: 0511 / 616 23 950

[www.linke-und-piraten-region-hannover.de](http://www.linke-und-piraten-region-hannover.de)

An den Regionspräsidenten  
Vorsitzender der Regionsversammlung Bodo Messerschmidt  
sowie die Fraktionen  
Im Hause

Hannover, 12.02.2016

**Antrag gemäß § 8 der Geschäftsordnung**

In die Sitzung des Regionsausschusses

am 26.04.2016

In die Sitzung der Regionsversammlung

am 03.05.2016

**Ursachen der Flüchtlingskrise an der Wurzel packen: Lebensmittel,  
medizinische Versorgung und Co in Krisengebiete statt  
Bundeswehrsoldaten und Waffen!**

**Antrag zu beschließen:**

Um die Ursachen der Flüchtlingskrise an der Wurzel zu packen, fordert die Regionsversammlung die Bundesregierung auf:

1. Sämtliche Waffenlieferungen, vor allem in Krisen- und Kriegsgebiete sofort einzustellen.
2. Die Bundeswehrsoldaten aus allen Krisen- und Kriegsgebieten sofort abziehen.
3. Den Krisenländern, vor allem um Syrien herum, beim Wiederaufbau der zivilgesellschaftlichen Strukturen wie medizinischer Versorgung, Wohnungen, Bildung und Lebensmittel mit Rat und Tat und Geld zu unterstützen.

**Begründung:**

Die Region Hannover und ihre Kommunen sind als letztes Glied in der politischen Kette mit den Auswirkungen der Flüchtlingskrise massiv konfrontiert. Die Kommunalpolitiker/innen müssen zusehen, wie sie damit klarkommen. Sie müssen etwa entscheiden, wo Flüchtlingsunterkünfte zu errichten sind und ziehen sich so oft den Ärger aufgebrachter Anwohner/innen auf sich. Gleichzeitig nehmen fremdenfeindliche Einstellungen, bis hin zum

offenen Fremdenhass dramatisch zu. Die rechtspopulistische AfD erklimmt einen Umfragerekord nach dem anderen, trotz ihrer zunehmenden Radikalisierung. Thüringens Landeschef Björn Höcke etwa knüpft in Symbolik und Rhetorik mit seinem 1930er-Jahre-Jargon an den Nationalsozialismus an, während die Petry-AfD so tut, als kümmere sie sich ausschließlich um die Sorgen der gesellschaftlichen Mitte. Ein Rückgang des Flüchtlingszustroms ist nicht absehbar – im Gegenteil: Menschen, die vor Krieg und Zerstörung flüchten, lassen sich nicht aufhalten.

Gleichzeitig gießt die Bundesregierung weiter Öl ins Feuer. Bundeswehreinsätze im Irak und anderswo werden verlängert. Als weltweit drittgrößter Waffenexporteur versorgt Deutschland Unrechtsregime wie Saudi-Arabien und Krisenregionen mit Mordwerkzeug. Erst in jüngster Zeit wurden weitere Waffenlieferungen nach Katar und Saudi-Arabien genehmigt. Es handelt sich um Regime, die nachweislich das Entstehen des „Islamischen Staates“ (IS) möglich machten, mit der Folge, dass der IS auch mit Handfeuerwaffen von Heckler & Koch Menschen umbringt. Die Menschen im arabischen Raum fliehen vor Kriegen, die auch mit deutschen Waffen geführt werden.

Mit dieser Außenpolitik der Bundesregierung muss endlich Schluss sein! Die Bundesregierung muss Frieden in der Welt schaffen, anstatt sich an der Seite der USA und anderer westlicher Staaten an Kriegen zu beteiligen – Kriege und Waffenlieferungen, die den gesamten arabischen Raum destabilisiert haben und zum Entstehen mordender Banden wie dem IS, al-Quaida und Co. führten. Die syrischen Nachbarländer brauchen dringend einen Marshallplan für den Wiederaufbau, um so den Zuwanderungsdruck zu verringern. Es fehlt dort nicht an Bundeswehrsoldaten und Waffen, sondern an Lebensmitteln, öffentlicher Infrastruktur, Wohnungen, medizinischer Versorgung. Hierfür muss sich die Bundesregierung schnell und aktiv einsetzen.

---

Michael Fleischman (Gruppenvorsitzender)

---

F.d.R. Marianne Wesche (Geschäftsführerin)

